



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



SCHWERPUNKT Politik im Defizit

Gereifte Leistungsansprüche des Sozialstaats, der Schuldendienst und die Auswirkungen der Finanzkrise lassen den Spielraum für innovative Politik schrumpfen und verlangen nach institutionellen Reformen. Neue Forschungsprojekte am MPIfG analysieren die aktuellen Entwicklungen und fragen nach den Handlungsoptionen für Politik und Wirtschaft. → 03

- PRESSESCHAU
Wissenschaftler des MPIfG in den Medien 02

SCHWERPUNKT

- AUS DER FORSCHUNG
Politik im Defizit 03
(Wolfgang Streeck und Daniel Mertens)

Die Finanzkrise ist auch eine 09
Vertrauenskrise (Jens Beckert)
- INTERVIEW
Karlheinz Bentele: Wer Steuergelder in 14
die Hand nimmt, muss Strukturen verändern
- FORSCHUNGSNETZWERK
Institutioneller Wandel in der Regulierung 18
von Finanzmärkten

- FORSCHERPORTRAIT
Bruno Amable 20
- NACHRICHTEN
Juan Fernandez erhält A.SK Fellowship 24
- NEUERSCHEINUNGEN
Bücher, Journal Articles, Discussion Papers, 26
Working Papers
- VERANSTALTUNGEN
Rückblick und Vorschau 2010 29
- Impressum 30

PRESSESCHAU :

Wissenschaftler des MPIfG in den Medien



Tobias ten Brink

Was den chinesischen Kapitalismus so unvergleichlich macht

Handelsblatt | 22.03.2010 (online)

„Während die einen noch spekulieren, mit was für einer Art ökonomischen Systems man es bei China zu tun hat, sieht Tobias ten Brink erst gar keine vergleichbaren Formen. China sei mit herkömmlichen Modellen kapitalistischer Entwicklung nicht zu begreifen, so der Politologe.“

Britta Rehder

Bewährungsprobe für die Sozialpartner

Deutschlandfunk, Hintergrund | 12.02.2010

„2010 wird ein Mega-Tarifjahr – aber nicht ein Jahr der Mega-Abschlüsse. Verhandelt wird im öffentlichen Dienst, in der Metallindustrie und in der Chemiebranche. Während die Industrie die schlimmsten Auswirkungen der Finanzkrise überwunden hat, sieht es in den öffentlichen Kassen schlecht aus. [...] Britta Rehder vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: ‚Dass die Politik von Verdi jetzt erst einmal etwas konfrontativer aussieht, hat natürlich auch etwas mit einer Situation zu tun, mit der die Industriegewerkschaften nicht so konfrontiert sind. Das ist die Gewerkschaftskonkurrenz.“

Martin Höpner

Das Gesetz der Parteien

Tagesspiegel | 19.01.2010

„Die einen, vor allem in der Opposition, wittern den großen Skandal. Die anderen, insbesondere die FDP

selbst, sagen, alles sei ganz legal. Es gebe kein Zeichen für Käuflichkeit. Konkret geht es um eine in mehreren Tranchen gezahlte Spende in Höhe von 1,1 Millionen Euro der Düsseldorfer Substantia AG an die FDP. Tatsächlich geht es aber um mehr als diesen Einzelfall. Das deutsche Parteispendensystem steht auf dem Prüfstand. [...] Auch Martin Höpner, Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, setzt sich seit Jahren mit dem Parteispendensystem auseinander.“

Jens Beckert

Reiche dürfen reich bleiben – aber auch eine liberale Welt braucht Umverteilung

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 03.01.2010

„Der Sozialismus ist gar nicht so übel‘ ist eine Provokation. Die letzte Dekade war wie kaum eine andere durch gesellschaftliche Einschüchterung geprägt. Terroranschläge, Finanz- und Wirtschaftskrisen, die Bedrohung von Wohlstand durch wirtschaftliche Globalisierung, bevorstehende Klimakatastrophe. Politische Diskurse in der verängstigten Gesellschaft drehten sich um Antiterrorkampf, Rettungsschirme für sich verzockende Banker, Arbeitsplatzverlust durch Standortverlagerungen und die Durchsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, mit denen ‚das Schlimmste‘ verhindert werden könnte. In einer solch eingeschüchterten Atmosphäre ist kein Raum für politische Utopien.“

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter
www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp

AUSDERFORSCHUNG :

Politik im Defizit

Wolfgang Streeck und Daniel Mertens

Politische Erblasten und gereifte Leistungsansprüche verzehren ebenso wie der Schuldendienst einen immer größer werdenden Teil der Steuereinnahmen des Staates. Dadurch schrumpft der finanzpolitische Handlungsspielraum für innovative Politik, und demokratische Wahlmöglichkeiten fehlen. Wolfgang Streeck und Daniel Mertens vergleichen die Spielräume für Politik in Deutschland und den USA seit den Siebzigerjahren anhand des Index für die „fiskalische Demokratie“.

Die Idee ist nicht neu, dass sich im Laufe der Zeit politische Erblasten ansammeln, die die Entscheidungsfreiheit von gewählten Regierungen und Parlamenten einschränken und die Fähigkeit von Staaten vermindern, auf neue soziale Problemlagen zu reagieren. Nicht nur ist es oft schwierig, Ausgabenprogramme abzuschaffen, die ihren ursprünglichen Zweck überlebt haben, sondern es existieren oftmals eingebaute Mechanismen, die nach der Logik von Zins und Zinseszins die Kosten eines Programms weit über das erwartete Maß hinaus erhöhen. Dies trifft insbesondere auf sogenannte *Pay-as-you-go*-Systeme der sozialen Sicherung zu, die im Zuge ihrer „Reifung“ teurer werden: Die Zahl leistungsberechtigter Antragsteller steigt ebenso wie die durchschnittlichen Leistungen mit der Anzahl der Beitragsjahre.

Seit den späten Siebzigerjahren ist das Problem wachsender politischer Erblasten ein prominentes Thema in der Literatur über öffentliche Finanzen. Zusätzlich zu der hohen Überlebensrate älterer Ausgabenprogramme und dem quasi-automatischen Anstieg ihrer Kosten haben chronische Haushaltsdefizite und der daraus resultierende Zuwachs öffentlicher Verschuldung in vielen demokratischen Staaten die Bewegungsspielräume der Regierungen erheblich eingeschränkt. Überall scheinen vor allem demokratische Regierungen unter dem Druck zu stehen, Verteilungskonflikte in ihren Gesellschaften durch Rückgriff auf erst noch zu schaffende zukünftige Ressourcen zu bewältigen. Dadurch steigen die Staatsschulden ebenso wie die auf sie anfallenden Zinszahlungen.



„ Ein demokratisches politisches System ist umso unflexibler in der Allokation verfügbarer Ressourcen, je länger es besteht. “

Vorgänge dieser Art können als Prozesse institutioneller Sklerose oder institutioneller Alterung verstanden werden. Beide Konzepte bringen Zeit als kausalen Faktor in die Analyse institutionellen Wandels ein. Sie legen die Möglichkeit nahe, dass ein demokratisches politisches System umso unflexibler in der Allokation verfügbarer Ressourcen wird, je länger es besteht. Diese Perspektive ermöglicht vielfältige produktive Spekulationen. So kann unter anderem die Hypothese aufgestellt werden, dass Steuererhöhungen in einer Demokratie umso schwerer durchzusetzen sind, je weiter der Alterungsprozess bereits fortgeschritten ist. Der Grund liegt darin, dass Steuererhöhungen, die zum Teil oder insgesamt zur Schuldentilgung benötigt werden, denen, die ihnen zustimmen

AUSDERFORSCHUNG:

müssen, mindestens zunächst nicht zugutekommen. Die Verdrängung politischer Innovationen im Zeitverlauf kann in diesem Sinn selbstverstärkend sein und schließlich zu einer Aushöhlung demokratischer Politik führen.

Fiskalische Demokratie in Deutschland und den USA

Wenn politische Erblasten einen beträchtlichen Teil der staatlichen Steuereinnahmen in Beschlag nehmen, entsteht für Parlamente und Regierungen ein Problem „fiskalischer Demokratie“: Wo sehr viel bereits in der Vergangenheit beschlossen wurde, bleibt in der Gegenwart wenig zu entscheiden. So lässt sich der Umfang der fiskalischen Demokratie in einem Land anhand des Anteils der Steuereinnahmen messen, der nicht für in der Vergangenheit eingegangene Verpflichtungen eingesetzt werden muss, sondern für neu gewählte Zwecke bereitsteht. In diesem Sinn haben die Steuerexperten Eugene Steuerle und Timothy Roeper ihren Index der fiskalischen Demokratie konstruiert, der zu Beginn dieses Jahres in der Tageszeitung *USA Today* erschien.

Dem Index liegt eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen gebundenen und disponiblen beziehungsweise „mandatierten“ und „diskretionären“ Staatsausgaben zugrunde. Für die Vereinigten Staaten ist diese Unterscheidung einfach zu messen, denn der amerikanische Kongress stimmt ausschließlich über diskretionäre Ausgaben ab. Als gebunden werden hingegen jene Ausgaben verstanden, die jenseits der gesetzgeberischen Kontrolle liegen, da sie aus Sozialleistungsansprüchen herrühren. Auch der Schuldendienst zählt hierzu, denn die Zinszahlungen beruhen auf einem rechtlichen Anspruch der Gläubiger, der nicht einseitig aufgehoben werden kann. Um den Index nicht durch die Einbeziehung der Neuverschuldung zu verzerren, werden die disponiblen Ausgaben als Anteil an den *Einnahmen* (und nicht den Ausgaben) des Staates dargestellt.

Wie die **Abbildung 1** zeigt, weist der Trend der fiskalischen Demokratie in den USA seit Beginn der Siebzigerjahre nach unten. Von sechzig Prozent im Jahr 1970 sank der Index auf weniger als null Prozent im Jahr 2009. Damit ist heute, so Steuerle, zum ersten Mal in der Geschichte der USA jeder eingenommene Dollar schon für früher beschlossene Aufgaben ausgegeben, ohne dass der Kongress auch nur eine Stimme abgegeben hätte, und grundlegende Funktionen des Staates – wie Rechtsprechung oder Bildung – werden durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert.

„ In den USA ist heute jeder eingenommene Dollar schon für früher beschlossene Aufgaben ausgegeben. “

Trotz aller Unterschiede in den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen lässt sich der Index mit wenigen Modifikationen auch für Deutschland berechnen. Zwar gibt es im deutschen Bundeshaushalt keine formale Unterscheidung zwischen gebundenen und disponiblen Ausgaben. Allerdings lassen sich für den Zeitraum seit 1970 neben den Zinszahlungen mindestens vier Kategorien ausmachen, die rechtlich oder praktisch nicht zur politischen Disposition stehen:

- (1) Die sogenannten *Kriegsfolgelasten*, die unter anderem Reparationszahlungen und Wiedergutmachungsleistungen in Folge des Zweiten Weltkrieges beinhalten. 1970 machte diese Kategorie noch rund zehn Prozent des Bundeshaushaltes aus. Danach nahmen die Ausgaben hierfür kontinuierlich ab und sind mittlerweile so gut wie verschwunden.
- (2) Die *Personalausgaben* des Bundes. Diese sind im Wesentlichen durch Tarifverträge festgesetzt. Das geltende Arbeitsrecht lässt der Regierung keine Möglichkeit, einseitig Gehaltszahlungen zurückzuhalten oder zu kürzen.

AUSDERFORSCHUNG:

Abbildung 1 Index der fiskalischen Demokratie nach Steuerle/Roeper für die USA, 1970–2020



Quelle: Stephanie Rennane, Timothy Roeper und C. Eugene Steuerle, 2010. Die Daten basieren auf den Zeitreihen des U.S. Office of Management and Budget und den Hochrechnungen des Congressional Budget Office 2010.

- (3) Die *Zuschüsse zu den Sozialversicherungen*. Die Bundesregierung ist verpflichtet, Defizite des sozialen Sicherungssystems auszugleichen. Inzwischen entfällt etwa ein Drittel der Bundesausgaben auf diese Kategorie.
- (4) Die im Laufe der Zeit unterschiedlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit (*Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Grundversicherung*). Ihnen liegen verfassungsrechtliche Ansprüche auf einen existenzsichernden Unterhalt zugrunde.

Diese vier Kategorien können als verbindlich im amerikanischen Sinne betrachtet werden, da sie, wenn überhaupt, nur durch Eingriffe in gesetzliche Leistungskataloge zurückgeschnitten werden können. Zusammen mit den Zinszahlungen machen sie den gebundenen Anteil der Bundesausgaben aus.

Ein Problem stellt die Zurechnung der Verteidigungsausgaben dar. Formal betrachtet gibt es für diese zwar einen Ermessensspielraum, da abgesehen vom militärischen Personal keine Leistungsansprüche bestehen. Im Wesentlichen steht das deutsche Militär allerdings unter dem Kommando der NATO, weshalb sich der Verteidigungsetat aus feststehenden deutschen Bündnisverpflichtungen ergibt. Aus diesem Grund haben wir den Index für Deutschland zweimal berechnet: Eine Variante versteht die Verteidigungsausgaben im Einklang mit der amerikanischen Praxis als diskretionär, eine zweite als gebunden.

Abbildung 2 zeigt, dass der Index der fiskalischen Demokratie in Deutschland seit 1970 noch kontinuierlicher rückläufig war als der amerikanische. Im Einzelnen haben die mehr oder weniger stetig gewachsenen Zuschüsse für die sozialen Sicherungssysteme, die Ausgaben für die Unterstützung der Langzeitarbeitslosen und bis zu einem bestimmten Grad auch die Zinszahlungen zu einer kontinuierlichen Verengung der politischen Entscheidungsspielräume der deutschen Bundesregierung geführt. Die Ausgaben für Verteidigung haben insbesondere in den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges abgenommen. In der Abbildung lässt sich dies am geringer werdenden Abstand zwischen beiden Linien nach den Achtzigerjahren erkennen.

AUSDERFORSCHUNG:

Abbildung 2 Index der fiskalischen Demokratie nach Steuerle/Roeper für Deutschland, 1970–2009



Quelle: Bundesfinanzberichte 1975–2010; eigene Berechnungen.

Die Abbildung zeigt des Weiteren, dass in den frühen Neunzigerjahren – als der Großteil der „Friedensdividende“ nach dem Zusammenbruch des Ostblocks anfiel – eine kurzfristige Erweiterung des haushaltspolitischen Spielraumes eintrat. Nach 1995 allerdings setzte sich der Niedergang fort. Zehn Jahre später zeigten die Konsolidierungsbemühungen der Großen Koalition Wirkung. Die fiskalischen Auswirkungen der Finanzkrise führten jedoch 2009 zu einem erneuten Abschwung, der aller Voraussicht nach noch Jahre anhalten wird.

Durch die Einführung der Schuldenbremse in das Grundgesetz im Jahr 2009 ist die Bundesregierung verpflichtet, bis 2016 ihre Haushaltsdefizite zu beseitigen. Darüber hinaus hat sich die aktuelle Regierung auf Steuersenkungen festgelegt. So wie die Dinge liegen, kann dies nichts anderes als eine weitere Reduzierung des fiskalischen Entscheidungsspielraumes bedeuten, da die Ausgaben für die Sozialversicherungen und den Schuldendienst weiter steigen und die Personal- und Verteidigungsausgaben jedenfalls nicht sinken werden. Damit wird die Frage immer drängender, welche Handlungsspielräume demokratische Politik in Zukunft noch hat und warum die Bürger sich für eine Politik interessieren sollen, die nichts anderes mehr tun kann, als bereits feststehende Ansprüche zu bedienen.

Fiskalkrise und Demokratie

Welche Auswirkungen hat demokratische Politik auf den Zustand der öffentlichen Finanzen? Und wie beeinflusst dieser wiederum die demokratische Politik? Was die erste Frage angeht, so stand in den drei Jahrzehnten der Nachkriegsprosperität eine vermeintliche Tendenz demokratischer Politik im Vordergrund, dem Interventionsstaat eine ständige Ausweitung seiner Auf- und Ausgaben abzuverlangen. Abgelöst oder doch ergänzt wurde diese

AUSDERFORSCHUNG:

Suchrichtung im Gefolge der Steuerrevolten der Achtzigerjahre, als demokratische Partizipation zusätzlich oder vornehmlich als Gelegenheit genutzt zu werden schien, die Begleichung der Rechnung für erhaltene staatliche Leistungen zu verweigern. Hatte Demokratie zunächst die Ausgaben des Staates erhöht, so senkte sie nun zusätzlich seine Einnahmen. Das Ergebnis war immer dasselbe: eine sich öffnende Schere zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben – eine fiskalische Krise – die als Beleg für eine zunehmende „Unregierbarkeit“ demokratischer Gesellschaften angeführt werden konnte.



Zwei Bilder von demokratischer Politik, das eine entworfen von Politikwissenschaftlern und Soziologen, das andere von Ökonomen, passen zu dem neuen fiskalischen Regime mit seinen zugleich defizitären und verkrusteten öffentlichen Finanzen, ohne dass sie sich gegenseitig ausschließen. Die einen verstehen Demokratie als „Post-Demokratie“ – als symbolische Inszenierung von Nichtigkeiten auf der Oberfläche unantastbarer „Sachzwänge“. Die anderen verstehen Demokratie als Machtbasis für verantwortungsloses *Rent Seeking* im Sinne der Public-Choice-Literatur,

entweder in Form eines hochorganisierten Lobbying oder durch allzeit wachsame elektorale Abwehr jeden Versuchs einer erweiterten finanziellen Inanspruchnahme der Bürger für kollektive Interessen. Neben die politisch bis an die Zähne bewaffneten, professionell organisierten Sonderinteressen und eine aus einem immer weniger leistenden Staat auswandernde, entpolitisierte und zunehmend privatisierende Mittelschicht, die nicht für etwas bezahlen will, was sie nicht mehr zu erhalten hofft, und immer mehr gelernt hat, sich auf dem freien Markt zu beschaffen, tritt eine dritte Gruppe. Sie entsteht aus einer wachsenden Zahl derer, die jedes Interesse an Politik, positiv oder negativ, verloren haben, weil sie von ihr weder etwas zu gewinnen haben noch über Besitzstände verfügen, die sie gegen sie verteidigen müssten. Jedenfalls erscheint es alles andere als abwegig, den in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich wachsenden Anteil der Nichtwähler an der Wählerschaft fast aller reichen Industriegesellschaften mit dem ebenfalls wachsenden Anteil nicht disponibler Ausgaben an den öffentlichen Haushalten und dem kontinuierlichen Rückgang der fiskalischen Responsivität staatlicher Politik gegenüber neuen Problemlagen in Beziehung zu setzen.

„ Demokratie wird zur „Post-Demokratie“, zur symbolischen Inszenierung von Nichtigkeiten auf der Oberfläche unantastbarer „Sachzwänge“. “

Der Kern des demokratischen politischen Systems schrumpft und ändert zugleich seine Gestalt, während sein ausgegliederter Rand immer größer wird – nicht unähnlich der historischen Transformation des in der Nachkriegszeit entstandenen und im Prozess der Liberalisierung der Nachkriegsordnung bis an die Grenzen der Unkenntlichkeit veränderten Systems der industriellen Arbeitsbeziehungen. Der auf unabsehbare Zeit hegemonial

AUS DER FORSCHUNG:

institutionalisierte Defizit- und Schuldendiskurs wird Staat, Politik und soziale Demokratie auf Dauer als Problem statt als Lösung definieren, trotz und gerade wegen der in der Weltwirtschaftskrise am Ende des neoliberalen Zeitalters von Neuem erwiesenen Unentbehrlichkeit der öffentlichen Gewalt für die Funktionsfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaft.



Wolfgang Streeck

ist seit 1995 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Nach dem Studium der Soziologie in Frankfurt und New York (Columbia) wurde er 1986 an der Universität Bielefeld habilitiert. Von 1976 bis 1988 war er Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin, danach wurde er als Professor für Soziologie und industrielle Arbeitsbeziehungen an die Universität von Wisconsin in Madison berufen. Er war als Gastprofessor unter anderem am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, an der Universität von Warwick, am Center for Advanced Studies in the Social Sciences Madrid sowie an der Bocconi-Universität in Mailand tätig.



Daniel Mertens

ist seit 2009 Doktorand am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Sein Studium der Politischen Wissenschaft, Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaft an den Universitäten Bonn und Leeds schloss er 2009 ab.

Zum Weiterlesen

Streeck, W. & Mertens, D.:
Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime. MPIfG Discussion Paper 10/5. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2010.
www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-5.pdf.
Gekürzte Fassung in: dms – der moderne staat –

Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 1 (2010).

Steuerle, C. E.:
The U.S. is broke. Here's why. In: USA Today, 27. Januar 2010.

AUSDERFORSCHUNG :

Die Finanzkrise ist auch eine Vertrauenskrise

Jens Beckert

Der im Herbst 2008 in Deutschland gerade noch verhinderte Bank Run wirft ein Licht auf einen unverzichtbaren, jedoch wenig beachteten Koordinationsmechanismus wirtschaftlichen Handelns: Vertrauen. Jens Beckert zeigt am Beispiel der Finanzkrise, dass Vertrauen in modernen Gesellschaften ein zentraler Handlungsmechanismus in der Ökonomie ist.

Nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers am 15. September 2008 fürchteten auch deutsche Anleger um die Sicherheit ihrer Guthaben. Die Bundesbank registrierte bereits eine deutliche Zunahme der Bargeldabhebung an Geldautomaten. Dass diese Entwicklung gestoppt wurde, bevor sich lange Schlangen vor den Bankschaltern bildeten, hatte eine klar benennbare Ursache: die Erklärung der Bundeskanzlerin und des Finanzministers am 5. Oktober 2008, dass der Staat für sämtliche Spareinlagen der Bürger bei den Banken eintreten würde. Ob der Staat die Garantie mit einem Volumen von 568 Milliarden Euro tatsächlich hätte einlösen können, ist mehr als fraglich. Die Summe ist doppelt so hoch wie der Bundeshaushalt.

Die Einlage von Geld bei der Bank setzt das Vertrauen voraus, dass die Bank dieses Geld jederzeit wird zurückzahlen können. Kommen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit oder der Zahlungswilligkeit der Bank auf, wie im Herbst 2008, wird dieses Vertrauen zerstört. Die Kunden verlangen ihr Geld zurück. Bei einem *Bank Run* ist dies noch mit dem Problem sich selbst verstärkender Effekte verbunden. Der Verlust des Vertrauens *produziert* möglicherweise erst die Liquiditätsprobleme, denn keine Bank kann die Einlagen sämtlicher Kunden gleichzeitig zurückzahlen.



Im Oktober 2008 gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück eine Komplettgarantie für deutsche Spareinlagen ab.

„ Der Verlust des Vertrauens produziert möglicherweise erst die Liquiditätsprobleme. “

Vertrauen ist auf den Finanzmärkten jedoch nicht nur ein zentraler Handlungsmechanismus, wenn es um die Sicherheit von Spareinlagen geht. In der Finanzkrise konnte man beobachten, was passiert, wenn Banken sich untereinander nicht mehr vertrauen. Der sogenannte Interbankenhandel kam vollständig zum Erliegen. Hätte man die Banken allein dem Markt überlassen, wäre das Finanzsystem zusammengebrochen. Dieses Marktversagen wurde ebenfalls durch staatliches Eingreifen verhindert. So wie der Staat den privaten Anlegern ihre Einlagen garantierte, so trat er den Geschäftsbanken jetzt als Kreditgeber gegenüber. Das dem Markt entzogene Vertrauen wurde wieder hergestellt, indem der Staat seine Vertrauenswürdigkeit in die Waagschale warf.

AUSDERFORSCHUNG:

Vertrauen und wirtschaftliche Effizienz

In den letzten Jahren ist Vertrauen zu einem wichtigen Forschungsgegenstand der Wirtschaftssoziologie geworden. Dabei geht es sowohl um die Bedeutung von Vertrauen für die Effizienz der Wirtschaft als auch um das Verständnis der Grundlagen von Vertrauen. Vertrauen gehört zu jenen Phänomenen des sozialen Lebens, die weitgehend unbemerkt bleiben, solange sie vorhanden sind. Wird es zum Thema, dann ist es oft schon zerstört. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise liefert für diese Forschung vielfältiges Anschauungsmaterial.

Vertrauen lässt sich als eine bestimmte Erwartungshaltung definieren. Nämlich als die Erwartung einer Person – des Vertrauensgebers –, dass der Handlungspartner, der Vertrauensnehmer, eine Vorleistung nicht zu seinem Vorteil ausnutzt. Vertrauen setzt insofern immer die Handlungsfreiheit des anderen voraus. Wo Zwang im Spiel ist, gibt es kein Vertrauen. Aufgrund der prinzipiellen Handlungsfreiheit des Vertrauensnehmers ist Vertrauen immer mit Unsicherheit verbunden. Kann ich mich auf den anderen verlassen, oder nicht? Der Soziologe Georg Simmel hat Vertrauen als einen mittleren Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen bezeichnet. Zwar erwartet der Vertrauensgeber, dass sein Vertrauen in den Vertrauensnehmer nicht enttäuscht wird, doch völlig sicher sein kann er sich nicht. Vertrauen entzieht sich somit der Logik der Kalkulation, auf der ökonomische Theorien rationaler Wahl aufbauen. Durch die Interpretation der verfügbaren Informationen lassen sich Handlungsrisiken abschätzen, aber nicht berechnen. Wer sich dann zu einer Handlung entschließt, blendet mögliche Risiken aus und reduziert damit die kognitive Komplexität der Handlungssituation.

„ **Moderne Gesellschaften müssen in viel höherem Maße als traditionale Gesellschaften Vertrauen generieren.** “

Vertrauen eröffnet Kooperationsräume. Das ist die zentrale Bedeutung dieses Handlungsmechanismus für die Wirtschaft, aber auch für sämtliche anderen Bereiche sozialen Handelns. Dabei verlangt uns die moderne Gesellschaft, entgegen der häufig anzutreffenden Einschätzung eines allgemeinen Vertrauensverlustes, immer mehr Vertrauen ab. Eine zentrale Leistung moderner Gesellschaften besteht darin, Vertrauen in viel höherem Maß generieren zu können als traditionale Gesellschaften, in denen es sich auf den sozialen Nahbereich konzentriert – die Familie, die Nachbarschaft und einige eng umgrenzte Institutionen. In modernen Gesellschaften multiplizieren sich die Begegnungen mit fremden Personen, mit einer Vielzahl sozialer Institutionen und mit Expertensystemen. Erst aus Vertrauen entstehen die Handlungsräume der Kooperation, die Kreativität, Innovation und eine umfassende Erschließung der Welt im Handeln ermöglichen. Vertraut wird allerdings nicht blind, sondern aufbauend auf sozialen Grundlagen, die es Akteuren ermöglichen, eine Situation hinreichend einschätzen zu können.

Wie bauen moderne Gesellschaften Vertrauen auf?

Institutionen. Eine der sozialen Grundlagen von Vertrauen in Wirtschaftsbeziehungen sind Institutionen, wie zum Beispiel Herstellergarantien. Käufer eines Gebrauchtwagens sind in der Regel keine Autoexperten und können daher den Zustand des ihnen angebotenen Autos nicht wirklich beurteilen. Der Verkäufer ist zwar ein Experte, wird die Mängel des Autos aber nicht preisgeben. Der Markt würde möglicherweise aufgrund fehlenden Vertrauens der Käufer gar nicht erst in Gang kommen. Gebrauchtwagentgarantien lösen dieses Problem, indem der Verkäufer sich verpflichtet, für eine bestimmte Zeit nach dem Kauf noch für die Kosten der Beseitigung etwaiger Mängel aufzukommen. Vertrauen wird hier verschoben: Der Käufer muss immer noch der Garantie selbst Vertrauen

AUSDERFORSCHUNG:

entgegenbringen. Nur wenn es ein effektives Rechtssystem gibt, das potenzielle Ansprüche des Käufers befriedigt, funktioniert die institutionelle Absicherung von Vertrauen im Markt.

Reputation. Eine weitere Grundlage für Vertrauen in wirtschaftlichen Beziehungen ist die Reputation des Vertrauensnehmers. Potenzielle Kooperationspartner ziehen aus dem vergangenen Handeln des Vertrauensnehmers Rückschlüsse auf seine Vertrauenswürdigkeit in der Zukunft. Ein einschlägiges Beispiel für Vertrauensbildung durch Reputation ist das Online-Auktionshaus *eBay*. Hier werden die Verkäufer regelmäßig von den Käufern öffentlich bewertet, womit ein hohes Maß an Markttransparenz geschaffen wird. Wer sich als zuverlässig erwiesen hat, dem wird Vertrauen entgegengebracht. Da das Vertrauensproblem bei anonymen Geschäften im Internet eine überragende Bedeutung hat, gilt die Glaubwürdigkeit des Bewertungssystems als das zentrale Geschäftskapital von *eBay*.

Soziale Netzwerke. Familiennetzwerke können ebenso wie Netzwerke innerhalb von Professionen oder ethnischen Gemeinschaften Vertrauensbeziehungen erzeugen. Der zentrale Mechanismus zur Absicherung sind Sanktionen, durch die Mitglieder in dem Netzwerk im Fall des Vertrauensmissbrauchs von den Vorteilen der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden. Ethnische Minderheiten etwa werden häufig bei der Kreditvergabe diskriminiert. In Reaktion darauf entstehen informelle Systeme der Kreditvergabe innerhalb der ethnischen Gruppen ohne formale Sicherheiten. Kreditnehmer und Kreditgeber sind jedoch in dem gleichen sozialen Netzwerk, was sowohl die Beobachtung des Kreditnehmers als auch dessen Sanktionierung im Fall des Zahlungsausfalls ermöglicht. Der Ausschluss aus dem Netzwerk bedeutet, die einzige Quelle von Kredit zu verlieren – ein hoher Preis.



male Sicherheiten. Kreditnehmer und Kreditgeber sind jedoch in dem gleichen sozialen Netzwerk, was sowohl die Beobachtung des Kreditnehmers als auch dessen Sanktionierung im Fall des Zahlungsausfalls ermöglicht. Der Ausschluss aus dem Netzwerk bedeutet, die einzige Quelle von Kredit zu verlieren – ein hoher Preis.

Eindrucksmanagement. Schließlich wird Vertrauen auch performativ hergestellt. Dieser Mechanismus besteht nicht getrennt, sondern geht mit den anderen einher. Mit performativer Herstellung

von Vertrauen ist das Eindrucksmanagement des Vertrauensnehmers gemeint, durch das dieser Vertrauenswürdigkeit signalisiert und die Vertrauensbereitschaft des Vertrauensgebers erzeugt. Das professionelle Auftreten des Personals einer Fluggesellschaft, samt des zuversichtlichen Lächelns der Flugbegleiter sind performative Akte der Selbstdarstellung, die Vertrauenswürdigkeit signalisieren. Wir interpretieren diese Signale vor dem Hintergrund von Annahmen, wie ein seriöser Dienstleister aufzutreten hat. Eben weil sich die Vertrauenswürdigkeit des Vertrauensnehmers nicht sicher vorhersagen lässt, erhalten Signale dieser Art eine zentrale Bedeutung.

Vertrauensmissbrauch und seine Folgen: Der Fall Madoff

Weil Vertrauen die Ungewissheit der Handlung des Vertrauensnehmers nur ausgrenzt, die Unsicherheit aber nicht tatsächlich beseitigt, kann Vertrauen missbraucht werden. So entstehen nicht nur Kooperationsräume, sondern zugleich Möglichkeiten der Ausbeutung. Auch hierfür bietet die Finanz- und Wirtschaftskrise vielfältiges An-

AUSDERFORSCHUNG:



Der US-amerikanische Unternehmer und Börsenmakler Bernard Madoff auf dem Weg in das Bezirksgericht in New York City

schauungsmaterial. Der Finanzinvestor Bernard Madoff brachte seine zumeist gut betuchte Klientel mit einem simplen Pyramidenspiel um den sagenhaften Betrag von 60 Milliarden Dollar. Interessant ist dabei die Untersuchung der Mechanismen, durch die ihm dies gelang. Das Geld akquirierte Madoff über seine sozialen Netzwerke sehr reicher Vermögensbesitzer. Diese vertrauten Madoff offenbar blind, da sie sich nicht vorstellen konnten, dass „einer von ihnen“ sie betrügen würde. Klar erkennbar ist auch das ausgefeilte Eindrucksmanagement von Madoff. Dies bestand nicht nur in seinem Auftreten gegenüber den potenziellen Investoren, sondern auch in einer Buchhaltung, die immer wieder hohe Gewinne auswies. Dass es sich dabei um pure Fiktion handelte, konnte er lange verbergen. Die Bedeutung dieser Phänomene geht weit über den Fall Madoff hinaus. Der Fall zeigt das Gewicht von Täuschung als Spiegelbild von Vertrauenswürdigkeit.

Wie war es möglich, dass die Institutionen, die die Wahrhaftigkeit der Bücher und die Zuverlässigkeit der Finanzmarktakteure zu überprüfen hatten, auf den Betrug von Madoff nicht aufmerksam wurden? Ein Versagen zentraler Institutionen der Vertrauensgenerierung! Denn auch wenn ein Investor nicht selbst die Wahrhaftigkeit der Finanzberichte überprüfen kann, so muss er doch darauf vertrauen, dass die Prüfer und die Börsenaufsicht dies tun. Dass dem nicht so war, lag auch an der verbreiteten ideologischen Vorstellung möglichst

ungezügelter Märkte. Die Börsenaufsicht United States Securities and Exchange Commission (SEC) war vonseiten des Staates nicht hinreichend mit Befugnissen und Personal ausgestattet.

Risiken ungezügelter Märkte

Lernen lässt sich aus der Finanzkrise insofern, dass ernsthafte staatliche Regulierung und Kontrolle des gesamten Finanzsektors zentral für die Funktionsfähigkeit der Märkte ist – die Ausbeutung von Vertrauen führt zu seiner Zerstörung und damit zur Implosion jener Kooperationsräume, auf denen die moderne Gesellschaft beruht. Verhindern lässt sich dies nur durch Ehrlichkeit oder durch institutionelle Sicherungen – durch wirksame Kontrolle.

„ Ausbeutung von Vertrauen führt zur Implosion der Kooperationsräume, auf denen moderne Gesellschaften beruhen. “

Die Finanzkrise hat ihre Ursache nicht in einer Vertrauenskrise, sondern vielmehr im unkontrollierten Eingehen von spekulativen Risiken, von Wetten, die nicht aufgingen. Die Ursachen hierfür lagen in institutionellen Anreizstrukturen. Viel zu viele Akteure haben den Investmentbanken, Hedgefonds und Analysten zu lange vertraut. In der Hoffnung auf hohe Renditen, um im Wettbewerb zu bestehen und aus individueller Gier. Versagt haben dabei zentrale Institutionen, die Vertrauen auf Finanzmärkten herstellen sollen: Ratingagenturen, die Finanzmarktaufsicht, Notenbanken, Analysten. Der Zusammenbruch der Spekulationsblase hat auch das Vertrauen in diese Institutionen beschädigt. Es wieder aufzubauen wird lange Zeit dauern. Auch hier bietet sich vielfältiges empirisches

AUSDERFORSCHUNG:

Material für die Forschung. Tatsächlich sind Fragen der Vertrauenswiederherstellung ein wichtiger Strang in der Forschung über Vertrauen geworden.

Die Kosten des Vertrauensverlustes durch die Finanzmarktkrise tragen wir alle: in Form milliardenschwerer Subventionen zur Rettung des Finanzsystems und des Verlusts an Wirtschaftsleistung. Denn wenngleich die *Ursache* der Finanzmarktkrise nicht in einer Vertrauenskrise zu suchen ist, so hat sie doch eine solche bewirkt. Sie zu überwinden bedarf institutioneller Reformen. Grundlage für die politische Durchsetzbarkeit solcher Reformen ist ebenfalls ein Vertrauensverlust: der Verlust in das Vertrauen möglichst ungezügelter Märkte.



Jens Beckert

ist seit 2005 Direktor am MPIfG. Nach dem Studium der Soziologie und Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und an der New School for Social Research in New York habilitierte er sich an der Freien Universität Berlin. Von 1994 bis 1995 war er Visiting Research Fellow am Department of Sociology der Princeton University und von 2001 bis 2002 John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University in Cambridge. Danach wurde er als Associate Professor of Sociology an die International University Bremen berufen. Von 2003 bis 2005 war er Professor für Gesellschaftstheorie an der Georg-August-Universität in Göttingen.

Zum Weiterlesen

Beckert, J.:

Trust and Markets. In: Bachmann, R., Zaheer, A. (eds.), *Handbook of Trust Research*. Edward Elgar, Cheltenham 2008, 318–331.

Harrington, B.:

Deception. From Ancient Empires to Internet Dating. Stanford University Press, Stanford 2009.

Möllering, G.:

Trust: Reason, Routine, Reflexivity. Elsevier, Oxford 2006.

Piotti, G.:

German Companies Engaging in China. Decision Making Processes at Home and Management Practices in Chinese Subsidiaries. MPIfG Working Paper 09/14. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2009.
www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-14.pdf

INTERVIEW :

Wer Steuergelder in die Hand nimmt, muss Strukturen verändern

Der ehemalige Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Karlheinz Bentele zum Umgang mit Risiken auf Finanzmärkten.

Interview: Jürgen Zurheide

Zurheide: Sie haben als Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes verschiedenen Gremien angehört. Wann haben Sie zum ersten Mal gespürt, dass an den Finanzmärkten etwas falsch läuft, dass sich da Risiken auf türmen, die man im Zweifel gar nicht mehr beherrschen kann?



Dr. Karlheinz Bentele war von 1996 bis 2007 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Bentele: Risiken gibt es im Bankgeschäft immer. Wer keine Risiken tragen will, bekommt keine Risikoprämie. Und ganz neu ist das Phänomen der großen Risiken nicht: Denken Sie daran, welche durchaus beachtlichen Schläge es in den 1990er-Jahren gegeben hat. Denken sie an die „Rubel-Krise“, denken Sie an die Krise der „Emerging Markets“

oder die Krise der neuen Technologien, der Neuen Märkte zu Beginn dieses Jahrzehnts. Aber in der Qualität ist das, was sich aufgebaut hat – beginnend 2005 und 2006 mit der Immobilienkrise in den USA – wohl doch etwas anderes. Diese Krise ist global, und wir beobachten die Gleichzeitigkeit der Krise der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. Ich gebe zu: Es gab Warnsignale, die klügere Menschen als ich schon früher gesehen haben. Es gibt Hinweise, etwa von Helmut Schmidt vom Beginn des Jahres 2007, der sehr deutlich auf die Gefahren der Hedgefonds und der Private-Equity-Aktivitäten hinwies. Die sind uns nicht immer bewusst genug geworden. Innerhalb meiner Verantwortung in der WestLB gab es Warnsignale – ernsthafte Warnsignale – ab Frühjahr 2007, also noch vor Bekanntwerden der internationalen Krise. Und man hatte dann auch so etwas wie erste Banken-Warnsignale in den Vereinigten Staaten – oder wenn Sie an die Vorgänger in Großbritannien mit Northern

Rock denken. Man hat anschließend sehr viel genauer hingeschaut und gefragt: „Moment, ist das etwas, was uns auch passieren kann?“ Allerdings glaubten zu dem Zeitpunkt noch alle, der berühmte Ausspruch „too big to fail“ gelte zumindest für die großen Häuser. Man war davon überzeugt, dass die großen, international tätigen Bankkonzerne, die „systemrelevanten Banken“ immer staatlich aufgefangen werden. Das war der eigentliche Punkt an der Lehman-Krise: dass die Überzeugung „too big to fail“ eben einmal nicht eingehalten wurde. Eine der großen Investmentbanken wurde zahlungsunfähig. Ab dem Zeitpunkt zerbrach etwas, was das Bankgeschäft zentral ausmacht: Es zerbrach das Vertrauen der Marktteilnehmer zueinander. Da konnten sie anbieten was sie wollten, die Märkte funktionierten nicht mehr. Von wegen: „Jedes Angebot findet seine Nachfrage, alles nur eine Frage des Preises.“ Das Say'sche Theorem ist an der Wirklichkeit gescheitert.

Zurheide: Sprechen wir über die Ursachen. Konnte das auch deshalb passieren, weil eine Gruppe von Bankern ihre Stellung im System ausgenutzt und sich am Ende über die Möglichkeit, mit großen Summen zu zocken, auch hemmungslos bereichert hat?

Bentele: Es ist wahrscheinlich noch ein Stück schlimmer. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass erhebliche Teile der Aktivitäten von verantwortlich Handelnden und von ihren Apparaten in einem regulierungsfreien, in einem gesetzfreien Raum geschahen. Vieles, was Hedgefonds machten, vieles, was Anlagestrategien von Private Equity Fonds kennzeichnete, vieles, was in Dublin an den berühmten Quays geschah, zeichnet sich eben genau dadurch aus, dass es nicht in regulierten Bereichen passierte. Da spielte sich vieles außerhalb der Bilanzen ab. Da wurden Zeithorizonte verkürzt, da zählte nur noch der schnelle Profit. Am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln hat vor einiger Zeit die Wissenschaftlerin Sigrid Quack in einem Vortrag

INTERVIEW :

für mich sehr plausibel aufgezeigt, wie die jeweiligen Regulierungsvorschriften und die Rechnungslegungsvorschriften das Verhalten der Wirtschaftssubjekte bestimmen können. Und das haben wir hier beobachtet. Wenn es Extraprämien dafür gibt, gerade nicht nachhaltig, sondern nur kurzfristig zu denken, wenn quartalsmäßiges Denken und das Starren auf Quartalsbilanzen das ganze Verhalten bestimmen, wenn die Handelnden wissen, dass sie nur eine vergleichsweise kurze Zeit in Verantwortung an der Stelle sein werden, dann werden sie sich so verhalten wie geschehen.

Zurheide: ... und es werden Boni auf virtuelle Gewinne ausgezahlt.

Bentele: Das ist wahr und ein Punkt, der erst viel später allen bewusst geworden ist. Was sich in den Bilanzen gezeigt hatte, waren in aller Regel nicht real erwirtschaftete Gewinne, sondern es waren über die International Financial Reporting Standards (IFRS) und vergleichbare Rechnungslegungssysteme erzeugte virtuelle Gewinne, auf die aber Jahr für Jahr reale Boni ausgeschüttet wurden. Das lief bis zu dem Zeitpunkt, wo beides überhaupt nicht mehr zusammenpasste.

Zurheide: Und dann gab es jede Menge Domino-Effekte, weil die internationale Finanzwelt inzwischen so vernetzt ist. Warum haben zum Beispiel deutsche Landesbanken in erheblichem Maße diese Papiere gekauft und geglaubt, ihre Liquidität in solchen Papieren unterbringen zu müssen?

Bentele: Sie hatten nach dem Auslaufen der Gewährträgerhaftung viel Liquidität und durch das „Grandfathering“, den Bestandsschutz, bis 2005 einen erheblichen Finanzierungsvorteil. Dann haben sie sich mit solchen Papieren vollgesogen, die im Übrigen mit hervorragenden Noten der Ratingagenturen versehen waren.

Zurheide: Ist es damit ein Fehler der Landesbank oder ist es quasi ein Systemfehler, für den die öffentlichen Banken und deren Eigentümer jetzt zur Kasse gebeten werden?

Bentele: Ich fürchte, der große Fehler ist, dass man nicht regulierte Bereiche zu lange Zeit toleriert hat. Und die Frage ist, wie das weitergehen wird – wer wird die Kraft haben, das zu ändern? Und ich denke, dass es auch falsch ist, Produkte in die Märkte einführen zu lassen, die man nicht vorher erheblichen Prüfungsprozessen unterzogen hat. Lassen sie mich eine Parallele versuchen: Kein Mensch käme auf die Idee, gefährliche Arzneimittel ohne erhebliche Prüfung und ohne Voruntersuchungen in den Markt zu lassen. Es gibt da einen ganz bewussten, öffentlich kontrollierten Prüfprozess. Nun reden wir in der aktuellen Finanzkrise zu Recht von „toxischen Papieren“. Ja, warum lassen wir denn eigentlich zu, dass solche Produkte ungeprüft – ohne dass sie vorher öffentlich kritisch untersucht werden – in den Markt dürfen? Und wieso lassen wir zu, dass diejenigen, die solche Produkte erzeugen, nicht einen erheblichen Anteil – und damit meine ich nicht nur fünf Prozent, da meine ich einen sehr viel größeren Anteil – in ihren eigenen Büchern erhalten müssen, damit sie für den Fall, dass dieses eben toxisches Zeug ist, auch spüren, was es heißt, andere Menschen mit toxischen Produkten zu versorgen?



Treffen der G20 im September 2009 in Pittsburgh

Zurheide: Aber ist dieser Regulierungswettlauf nicht längst verloren? Es gibt ja einige – dazu gehört Helmut Schmidt – die das sehr skeptisch beurteilen. Oder glauben Sie, dass schon genügend Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen worden sind?

Bentele: Nein, es wurden nicht genug Konsequenzen gezogen. Im vergangenen Jahr hatten wir Konfe-

INTERVIEW :

renzen in London und Pittsburgh, da wurde einiges versucht. Aber: Beide Gipfeltreffen sind hinter dem zurückgeblieben, was sich manch einer erhofft hat. Es gab höchstens Ansätze für die Regulierung der wichtigen Fragen: Welches Eigenkapital müssen Banken in Zukunft vorsehen? Wie nachhaltig muss ihre Geschäftspolitik sein? Nach welcher Frist können Boni ausgezahlt werden? Es gibt Ansätze für Antworten, mehr nicht. Auch die Bundesregierung hat sich auf einzelnen Feldern versucht. Aber das alles führt nicht weiter, wenn es in der global vernetzten Welt nicht gelingt, globale neue Regeln zu definieren. Wir werden uns – und zwar nicht nur die G7/G8-Staaten oder die G20 – fragen müssen, wie das internationale Finanzsystem aussehen muss, das in der Lage ist, die Leistungen zu erbringen, die die Finanzsysteme für die Realwirtschaft zu erbringen haben. Sie müssen das aber einigermaßen krisenfrei schaffen – ganz krisenfrei wird das nie gehen. Mit dieser Aussage meine ich auch: Es muss wieder in unser Bewusstsein kommen, dass Finanzsysteme und Finanzmärkte kein Selbstzweck sind. Sie werden ja nicht betrieben, um darin möglichst große Profite zu machen. Im Gegenteil: Sie haben der Realwirtschaft zu dienen. Alles andere ist überflüssig, wir müssen versuchen, das wegzuschneiden. Das sage ich auch, wenn der Preis für die beteiligten Banken Wachstumsverluste sind. Wir müssen uns darauf verständigen – auch wenn mögliche Gewinne entfallen, die zurzeit an den Finanzplätzen London, New York oder Frankfurt erwirtschaftet werden.

Zurheide: Sagen Sie das auch deshalb, weil die Alternative heißt – wie wir es in der aktuellen Krise gesehen haben – dass der Staat eingreifen muss, weil bestimmte Institute „too big to fail“ geworden sind?

Bentele: Ja. Ich glaube, es gab im Oktober 2008 für die Bundeskanzlerin und Peer Steinbrück gar keine Alternative als zu sagen: Wir werden jede Bank in Deutschland retten. Nur ist das auf Dauer natürlich fatal: Wenn die Handelnden wissen, dass sie unter allen Umständen gerettet werden, dann folgt daraus ein Verhalten, das Sozialwissenschaftler gerne mit „moral hazard“ beschreiben. Wenn man dann auch noch hinget und es wie Finanzminister Schäuble im Moment

mit seiner Bankenabgabe macht, wonach diejenigen, die nicht zocken, die Verluste der Zocker mitbezahlen sollen – dann darf man sich nicht wundern, dass die Zocker sagen: „Prima, schöner wollten wir es eigentlich nicht.“ Und sie werden weitermachen.

Zurheide: Ist das übrigens der Grund, warum Sie beim Rettungsfonds SoFFin nicht mehr mitgemacht haben?

Bentele: Das hatte in erster Linie ganz persönliche Gründe. Aber es kam natürlich auch hinzu, dass ich der Überzeugung war und bin: Man muss Strukturen ändern, wenn man als Gemeinschaft der Steuerzahler so viel Geld in die Hand nimmt. Sie wissen, wir haben jetzt im Augenblick einen Rahmen von rund 470 Milliarden zur Verfügung gestellt, der zu über einem Drittel ausgeschöpft ist. Dabei wird es nicht bleiben, und gegenwärtig wissen wir nicht, wie viel am Schluss wirklich schlagend wird. Wenn die Gemeinschaft der Steuerzahler diese enormen Mittel jemandem anvertraut, dann muss auch versucht werden, damit Strukturen zu bauen, die zumindest weniger krisenhaft sind als die bisherigen. Und das sehe ich nicht genügend. Ich sehe nicht, dass es einen politischen Willen gibt zu sagen: Wir wollen nicht nur auffangen, sondern auch umbauen und gestalten. Ich denke zum Beispiel an die Konsolidierung der Landesbanken. Ich denke an die Frage, welche Rolle der Pfandbrief mit welcher institutionellen Struktur in Zukunft spielen soll. Wo sind diejenigen, die sich um die Kreditversorgung des gehobenen Mittelstandes in Deutschland kümmern? Ich sehe im Augenblick bei der Bundesregierung noch weniger als vor der letzten Bundestagswahl eine Bereitschaft, sich solchen Fragen zu stellen.

Zurheide: Gibt es eine Kreditklemme in Deutschland?

Bentele: Nach meiner Überzeugung für kleine, mittlere Unternehmen: Nein! Wenn wir die EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen nehmen – also Unternehmen bis 500 Beschäftigte und bis 50 Millionen Jahresumsatz –, dann haben die auf diesem Feld kein allgemeines Problem. Für die gibt es die Sparkassen und die genossenschaftlichen Bankinstitute, die diesen Sektor aus meiner Sicht sehr gut und zuver-

INTERVIEW :

lässig betreuen. Natürlich gibt es die Frage, wie teuer die Risikoaufschläge werden – und bei steigenden konjunkturellen Risiken müssen mehr Risikoaufschläge genommen werden. Aber da gibt es keine Kreditklemme. Auch bei den großen, den ganz großen Unternehmen vom Typ BMW, VW und Siemens gibt es keine Kreditklemme, weil die selbst groß genug sind, mit internationalen Bankinstituten ihre Papiere in die Märkte einzuführen. Wohl aber gibt es eine Besorgnis: Was machen mittelgroße Mittelständler, die ja in unserer Wirtschaft auch eine wichtige Rolle spielen? Wer übernimmt deren Kreditversorgung?



Bentele: „Genau da sehe ich die Aufgabe von Landesbanken: da zu sein für die Wirtschaftssegmente in den Regionen.“

Übrigen in der Vergangenheit auch kritisiert. Denken sie an viele Engagements, die die WestLB unter ihrem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Friedel Neuber für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eingegangen ist – von Gildemeister über die LTU bis hin zu Klöckner-Humboldt-Deutz und viele andere

mehr. Da gab es dann häufig die Kritik: „Das sollte man eigentlich nicht machen.“ Aber genau da sehe ich die Aufgabe von Landesbanken: da zu sein für diese Wirtschaftssegmente in den Regionen. Das wird man heute wahrscheinlich nicht mehr für ein einzelnes Bundesland machen können. Deshalb stelle mir eine länderübergreifende gemeinschaftliche Einrichtung vor, die natürlich in öffentlicher Eigentümerschaft bleibt.

Zurheide: Schauen wir noch einmal auf die aktuelle Krise. Viele Beobachter sagen: Das Kasino ist wieder eröffnet, es bilden sich neue Blasen. Laufen wir in eine Krise 2.0?

Bentele: Ich fürchte, dass wir in einer Welt leben, in der man immer mit Krisen rechnen muss. Was wir hatten, war ja nicht die erste Wirtschaftskrise, und es wird vermutlich nicht die letzte gewesen sein. Allerdings glaube ich, dass diejenigen wie der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff recht haben, die meinen, es sei nicht die Frage, ob es eine neue Finanzmarktkrise gibt, sondern nur die Frage, wann sie kommt! Und dass wahrscheinlich sogar diejenigen recht haben, die sie eher auf kurz, denn auf lang erwarten. Es gibt schon viele Anzeichen dafür. Es wird altes Risikomaterial neu verpackt, es wird mit Rohstoffen spekuliert. Da bauen sich neue Blasen auf. Die Frage ist nur immer: Wann platzt welche Blase und wer profitiert, wer trägt die Lasten? Ich fürchte, wir werden 2.0 und 3.0 erleben. Je härter wir die Regulierungen machen, desto geringer werden die Auswirkungen dieser Blasen sein. Je weniger wir die Fähigkeit haben, zu neuen Regeln zu kommen, desto stärker werden sie wieder mit allen Auswirkungen zuschlagen – eben nicht nur auf die Finanzmärkte, sondern auch auf die Realwirtschaft.

Zurheide: Das müssten doch eigentlich die Landesbanken machen?

Bentele: Wenn sie sich auf ihre alte Rolle besonnen hätten: Ja. Ich sehe nur, dass die Versuchung, anderes zu machen, größer war als die Kraft zur Rückbesinnung. Sie haben schnelles Geld verdient und darüber ihre eigentliche Aufgabe vernachlässigt. Wenn Landesbanken diese Rolle wahrgenommen haben, wurden sie im

FORSCHUNGSNETZWERK :

Institutioneller Wandel in der Regulierung von Finanzmärkten

Renate Mayntz

Die sich 2007 anbahnende und 2008 für alle erkennbar gewordene Finanzkrise, die alsbald auf die Wirtschaft durchzuschlagen drohte und die Regierungen zu massiven finanziellen Rettungsmaßnahmen von Banken und Unternehmen veranlasste, war das Ergebnis des Zusammenkommens verschiedener Umstände. Zu nennen sind hier vor allem die ökonomische Globalisierung, der Strukturwandel im Finanzsektor, die Politik der Liberalisierung und nicht zuletzt die informationstechnische Entwicklung, durch die finanzielle Transaktionen beschleunigt und die Verbreitung komplizierter neuer Finanzinstrumente wie der berechtigten Kreditderivate begünstigt wurden. Die Krise lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit zunächst auf das unmittelbare Krisenmanagement, während die Wissenschaft die Ursachen einer Krise verstehen wollte, die nicht nur das breite Publikum und die Politik, sondern auch die meisten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler überrascht hatte. Sehr bald setzte sich die Meinung durch, dass letztlich eine lückenhafte und allzu lasche Regulierung von Banken, Hedge-Fonds und anderen großen Finanzmarktakteuren für die Krise verantwortlich war. Die Regierungen der großen Nationalstaaten, die Europäische Union und internationale Gremien wie die G20 begannen daraufhin, Vorschläge für notwendige Reformen zu entwickeln. Es dauerte nicht lange, bis Bankmanager und ihre Verbände dagegen protestierten und Wirtschaftswissenschaftler auf die negative Folgen hinwiesen, die eine striktere Regulierung auf die Erholung der Wirtschaft haben könnte.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beriet sich Ende März 2010 mit seiner französischen Amtskollegin Christine Lagarde zur Finanzmarktregulierung.

Damit bot sich der Sozialwissenschaft die Chance, einen wichtigen Prozess institutionellen Wandels unmittelbar zu beobachten und zu analysieren – einen Prozess, der von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern geprägt wird und dessen Ausgang heute noch nicht abzusehen ist. In verschiedenen Ländern haben dann auch Sozialwissenschaftler bald begonnen, sich mit den Rückwirkungen der Krise zum Beispiel auf Rating-Agenturen, auf Aufsichtsinstitutionen wie die deutsche BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) oder auf die von der EU vorangetriebene Entwicklung europäischer Regelungsinstanzen zu beschäftigen. Es gibt jedoch eine Reihe von Fragen, die nur in der Zusammenschau der Ergebnisse von Studien beantwortet werden können, die sich mit einzelnen Bestandteilen der Finanzmarktordnung beschäftigen. Eine solche übergreifende Frage ist, durch welche Phasen der Reformprozess sich bewegt. Eine zweite Frage, die sich nur durch die Zusammenfassung der Ergebnisse verschiedener Einzelprojekte beantworten lässt, bezieht sich darauf, wer am Ende die durchsetzungsfähigsten Akteure in dem Reformprozess waren und wie sich dabei das Machtverhältnis zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ verändert. Wichtig sind auch Veränderungen in der Verteilung von Regelungsmacht zwischen nationalen, europäischen und internationalen Instanzen.

FORSCHUNGSNETZWERK :

Ursachen und Folgen der Finanzkrise werden derzeit an vielen Forschungsinstitutionen im In- und Ausland thematisiert. Da kein einzelnes Forschungsinstitut in der Lage ist, kurzfristig ein Projekt zu starten, das alle für eine empirisch fundierte Beantwortung der übergreifenden Fragen notwendigen Detailanalysen umfasst, lud das MPIfG Forscher, die sich mit einer der relevanten Regelungsinstitutionen beschäftigen, ein, sich in einem Netzwerk zusammenzufinden. Dieses Netzwerk umfasst heute zwanzig Forscher aus vier europäischen Ländern und den USA. Es wird von Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung koordiniert, wo auch die Workshops des Netzwerks stattfinden. Anfang 2011 sollen die Ergebnisse vorgetragen, gemeinsam analysiert und die von den Forschern erarbeiteten Fragen zum institutionellen Wandel in der Regulierung von Finanzmärkten beantwortet werden.



Renate Mayntz

ist die Gründungsdirektorin des MPIfG (1985), das sie bis zu ihrer Emeritierung 1997 gemeinsam mit Fritz W. Scharpf leitete. Seit 1997 arbeitet sie als emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied am MPIfG über globale Strukturen und gesellschaftliche Makrophänomene. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften in Berlin und dem Wellesley College (USA) habilitierte sie sich 1957 an der Freien Universität Berlin. Von 1960 bis 1971 war sie Privatdozentin, a.o. Professorin und Ordinarius für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Danach wurde sie als Ordinarius für Organisationssoziologie an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer berufen. Von 1973 bis 1985 lehrte sie als Ordinarius für Soziologie an der Universität zu Köln.

● **Mehr zum Forschungsnetzwerk**
www.mpifg.de/berichte/RM_Finanzmaerkte.pdf

● **Renate Mayntz**
www.mpifg.de/people/rm

FORSCHERPORTRAIT :

Das Modell Vulkanasche

Bruno Amable

Der französische Ökonom warnt seine Zunft davor, den Politikern ihre Arbeit abzunehmen

In Frankreich gehört die Idee der Gleichheit zum Grundrepertoire der republikanischen Tradition. In Deutschland hüten sich selbst Politiker links von der Mitte, das Wort in den Mund zu nehmen. Eher schon taucht es



Bruno Amable ist Scholar in Residence 2009/2010 am MPIfG.

als Warnung vor gefährlicher „Gleichmacherei“ auf, oder immerhin noch als Chancengleichheit. Die unterschiedliche gesellschaftliche Akzeptanz der Begriffe täuscht allerdings: Schaut man sich die Wirklichkeit des Bildungssystems an, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Rund neunzig Prozent der französischen Studenten quälen sich an den öffentlichen Universitäten durch überfüllte Vorlesungen und unterfinanzierte Studiengänge. Eine kleine Minderheit der Studenten kommt in den Genuss eines Studienplatzes an einer der elitären Grandes Écoles. Deren Absolventen besetzen in Wirtschaft und Politik seit jeher die Spitzenposten und werden es

weiter tun – prominente Ausnahmen bestätigen die Regel. Wer hier studiert, hat für eine Aufnahme hart gekämpft, fühlt sich privilegiert. Zugelassen wird nur, wer eine Aufnahmeprüfung besteht – formell betrachtet ein meritokratisches System, eine faire Auswahl nach Talent und Leistung.

Schön wäre es, sagt Bruno Amable, der die Situation als Professor an der Universität Sorbonne gut kennt und seit September 2009 am MPIfG ein Forschungsjahr eingelegt hat. „Das französische Hochschulsystem ist weder fair noch effizient“, sagt er: „Ich würde es abschaffen.“ Denn der Zugang zu Bildung und Abschlüssen erfolgt auch in Frankreich nicht wirklich nach Leistung, sagt Amable: „Die entscheidende Selektion findet bereits vor der Aufnahmeprüfung statt.“ Tatsächlich finden sich auf den Grandes Écoles zu hohem Prozentsatz die Kinder derjenigen wieder, die selbst einmal dort studiert hatten. Es herrscht zwar Chancengleichheit nach formaler Definition. Aber das Ergebnis ist Ungleichheit, mutmaßlich mehr als in Deutschland, weil sich die Unterschiede, die zur Hochschule führen oder eben nicht, durch den ganzen Lebensweg ziehen – und noch darüber hinaus, bis in die Todesanzeigen.

Ist das schlimm? „Als Wissenschaftler kann ich nicht sagen, ob es schlimm ist, ich kann nur sagen, dass es so ist“, sagt Amable. Wissenschaft ist Analyse der Zusammenhänge. Was getan werden sollte, die Welt des Normativen, sei nicht mehr Sache des Wissenschaftlers, sondern des Politikers (im weitesten Sinne). „Natürlich kann ein Wissenschaftler seine Meinung haben und sie äußern“ – aber dann müsse er sich dazu bekennen und sich dem politischen Wettbewerb stellen: überreden und überzeugen also. Bei normativen Urteilen kann er sich nicht auf die Wissenschaft berufen. „Der Wissenschaftler kann als Wissenschaftler nur Wenn-dann-Aussagen machen. Die können dem Politiker dann als Entscheidungshilfe dienen, aber sie ihm nicht abnehmen.“

FORSCHERPORTRAIT :

Warum beharrt jemand wie Amable, außer Frage ein sehr politischer Mensch, so auf der Unterscheidung von Sein und Sollen, die seit Immanuel Kant und Max Weber so prägend geworden ist für westliches Denken im Allgemeinen und moderne Wissenschaft im Besonderen? Wo doch längst ein postmodernes Schulterzucken Einzug gehalten hat: Wertfrei sei das Denken ohnehin nie, heißt es doch oft. Wer glaubt, dass er es sei, sei lediglich Opfer einer Illusion. Und diese sei gefährlicher als das Werturteil im vollen Bewusstsein der eigenen Subjektivität.

Woher kommt bei Amable dieses fast naiv anmutende Vertrauen in die vielleicht wichtigste Idee der Aufklärung? Eben genau weil er ein politischer Mensch ist und ihn daher der Missbrauch der Wissenschaft besonders stört. Ein Missbrauch, wie er ihn etwa betrieben sieht von Experten der OECD, die in ihren regelmäßigen Empfehlungsschreiben mit dem Titel „Going for Growth“ Reformen fordern.

Zum Beispiel: Die Forderung, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, ist eine zutiefst wertbesetzte Forderung. „Eine solche Reform hat Folgen für viele. Es wird immer Menschen geben, denen es danach besser geht, anderen schlechter. Was sollen wir tun?“ Mit welchem Recht empfehlen die Ökonomen der OECD, den Arbeitsmarkt flexibler zu machen, wenn es vielen danach erst einmal eindeutig schlechter gehen wird? Natürlich kann es viele Gründe dafür geben: Etwa, wenn das Opfer kurzfristig ist und langfristig alle profitieren. Hat der idealisierte Planer dann das Recht, die Menschen zu ihrem Glück zu zwingen? Oder es kann sein, dass die Menschen noch nicht sehen oder sehen wollen, dass es ihnen besser gehen wird. Für Arbeitsmarktreformen mag das weniger gelten als für die Gesundheitspolitik oder die Altersvorsorge, wo selbst in den USA ein gewisses Maß an Paternalismus inzwischen intellektuell akzeptiert wird, wie ihn etwa Richard H. Thaler und Cass R. Sunstein begründen.

Die Frage bleibt: Darf – oder besser kann – der Wissenschaftler fordern? Oder ist ein Wissenschaftler, der fordert, streng genommen, keiner mehr? Die moralisch rigorose Position besagt: Wissenschaftlich ist nur, was jeder vernünftige Mensch – jedenfalls grundsätzlich – nachvollziehen können muss. Woran also kein vernünftiger Zweifel erlaubt ist. Der Rest ist Politik: Reformen lassen sich demnach nur in einer politischen Debatte begründen. „Ein politisches Problem lässt sich nicht entpolitisieren“, sagt Amable. In der Demokratie muss ein Reformanhänger also eine Mehrheit gewinnen, wenn er den Anspruch erheben will, dass die Reform gerechtfertigt ist.

„ Ein politisches Problem lässt sich nicht entpolitisieren. “

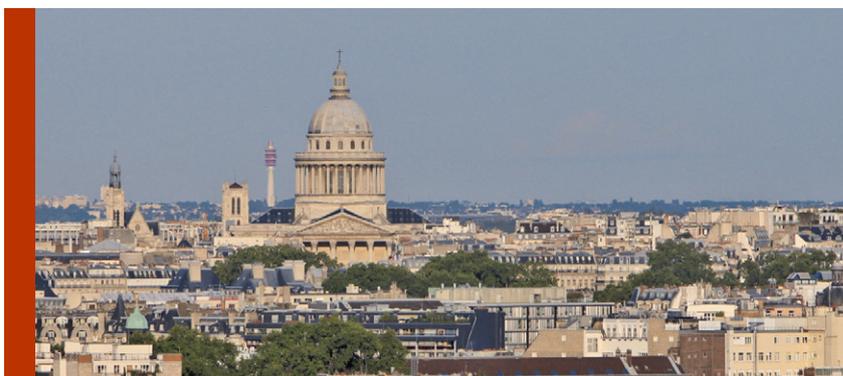
Aber da fängt es schon an: Nicht von ungefähr ist die Demokratie fast überall eine repräsentative Demokratie. Heute wird keine politische Entscheidung getroffen, ohne dass im Voraus ein Teil der Entscheidung delegiert worden wäre. Überall sind Experten am Werk, die eine Entscheidung vorbereiten und damit prägen. Politiker stehen heute unter hohem Druck, Entscheidungen abzusichern, und greifen dabei auf wissenschaftliche Forschung zurück, bei ökonomischen Fragen nicht anders als beim Klimawandel oder der Risikoeinschätzung von Vulkanasche im Luftraum. Der deutsche Verkehrsminister stützte sich bei seiner Entscheidung zur tagelangen Sperrung des deutschen Luftraums auf Wetterexperten des Deutschen Wetterdienstes und des Volcanic Ash Advisory Centre. Die Entscheidung war schwierig, weil es zu diesem Zeitpunkt noch keine Grenzwerte gab, an die er sich halten konnte. „Solange noch Zweifel an der Sicherheit des Luftverkehrs bestehen, werde ich keine Flugfreigabe erteilen“, sagte er. Eine politische Abwägung, keine Sache der Wissenschaft.

Die wirtschaftspolitische Alltagspraxis ist vom „Modell Aschewolke“ allerdings meilenweit entfernt. Nichts zeigt das besser als der Umgang mit der Idee „Reform“. Ob Agenda 2010, Gesundheits- oder Steuerreform. Mit dem

FORSCHERPORTRAIT :

Begriff „Reform“ wird in Amables Augen Schindluder getrieben. Sie ist sozusagen die sozialdemokratisch-sanfte Variante von Margaret Thatchers berühmter TINA („There is no alternative!“). Was bedeutet überhaupt Reform? „Reform ist eine politisch erzielte Veränderung der Gesellschaft. Wir sollten den Begriff Reform von seinem normativen Beiklang lösen.“ Denn jede Veränderung kennt Verlierer und dann gilt es ab- und aufzuwiegen – wissenschaftlich unmöglich.

Es kommt ein zweites Argument hinzu: Jedes Reförmchen in einem Teil des Mikadohaufens „Gesellschaft“ hat Konsequenzen an anderer Stelle. Es gibt Konsistenzen innerhalb der unterschiedlichen Kapitalismus-Varianten. „Man kann sich nicht einfach die Rosinen rauspicken. Wer den amerikanischen Arbeitsmarkt will, kann das nicht gleichzeitig zusammen mit einem europäischen Sozialstaat bekommen.“ Amables Kritik trifft einen Gegner, der ohnehin schwer angeschlagen ist, es sich aber nicht anmerken lässt. Die Monate nach dem September 2008, als die Investmentbank Lehman Brothers pleiteging, waren für die Ökonomenzunft außerplanmäßig. Von den wenigsten Vertretern der Zunft zugegeben, war die Krise ein Schock für die ökonomische Wissenschaft. Langsam regt sich immerhin neues Denken, in den USA mehr noch als in Europa. Die reine Marktlehre zieht immer weniger, selbst wenn der Staat und seine Institutionen durchaus eine Mitschuld an der Krise tragen.



Bruno Amable ist Professor für Ökonomie an der Universität Paris I – Panthéon Sorbonne. „Das französische Hochschulsystem ist weder fair noch effizient“, sagt er: „Ich würde es abschaffen.“

Ist Amables Purismus auch eine Antwort auf die Krise? Könnte diese normative Selbstbeschränkung den Vertrauensverlust der Ökonomen wieder wettmachen? Das könnte sein, weil damit viel ärgerlicher Unsinn, der unter dem Deckmantel der Wissenschaft daherkommt, verschwinden würde. Aber zu welchem Preis? Der Rasenmäher des Purismus mäht das

Unkraut weg, aber auch die Orchideen. Denn das fällt auch dem Laien auf: Eine Ächtung normativer Aussagen trafe auch die skeptischen Denker vom Typ John K. Galbraith, Amartya Sen, Joseph Stiglitz, Paul Krugman oder der jüngsten Ökonomienobelpreisträgerin Elinor Ostrom. Ein Neuanfang wird nicht einfach sein: „Der Anstoß für den Wandel muss von außen kommen.“ Die Wissenschaft selbst ist zu einem Ausbruch aus dem Zirkel nicht fähig. „Die Wissenschaft ist notwendigerweise selbstreferenziell, weil und insofern sie frei ist.“ Freiheit bedeutet, man braucht sich nichts sagen lassen. Bislang hat sich in der Disziplin noch kaum etwas verändert, zu stimmig ist das System in sich – so falsch es im Verhältnis zur Wirklichkeit ist.

„Ökonomen, die gewohnt sind, Monopole zu hassen, akzeptieren freiwillig das Denkmonopol des Neoliberalismus.“

„Wir brauchen mehr Offenheit, mehr Vielfalt. Ist es nicht paradox, dass Ökonomen, die gewohnt sind, Monopole zu hassen, freiwillig das Denkmonopol des Neoliberalismus akzeptieren?“ Sie sollten ja eigentlich wissen, welchen

FORSCHERPORTRAIT :

Preis sie damit zahlen. Noch deutet alles in die falsche Richtung. „Die Popularität von kritischen Köpfen wie Paul Krugman und Joseph Stiglitz darf uns nicht täuschen. Noch geht der Trend hin zu mehr Konformität. Die Dominanz formaler Kriterien führt zu Konformität. Wir erleben eine Art Blase eines bestimmten Denkens.“ Bleibt dem Laien die Frage, woher die Überzeugungskraft formaler Kriterien eigentlich kommt.

Amable schweigt nicht über das, worüber man nicht reden kann. Aber er hat auch ganz konkrete Forschungsfragen. Seine aktuelle Forschung dreht sich um die Frage, ob die Deregulierung von Produktmärkten wirklich zu mehr Innovationen führt. Also, ob der Abbau von – meist „bürokratisch“ genannten – Vorschriften bei der Zulassung von Produkten oder Leistungen die Unternehmen und Forscher automatisch kreativ macht und zu nützlichen Erfindungen anregt. Scheint eigentlich nahezuliegen, stimmt aber nicht. Tatsächlich können im Gegenteil Vorschriften, etwa beim Thema Sicherheit, Menschen zu neuen Erfindungen anregen. Mehr Wettbewerb heißt also nicht automatisch mehr Innovation. Vielen dürfte das Ergebnis unangenehm sein. Forschung dieser Art geht gegen den Strom, aber sie könnte wichtig werden. Ein quasi ökologisches Argument: „Wir brauchen immer einen Plan B.“

„Nichts ist so gefährlich wie die Bereitschaft zur Alternativlosigkeit.“

Nichts, so Amable, ist so gefährlich wie die Bereitschaft zur Alternativlosigkeit. Das etwa habe dazu geführt, dass man die volkswirtschaftlichen Gefahren der hohen Schulden der privaten Haushalte übersehen hat, die nun sichtbar werden – in Ländern wie Großbritannien, USA und Spanien nach ihrer Umwandlung in staatliche Schulden. „Die herrschende Lehre wollte nicht erkennen, dass das angelsächsische Wachstumsmodell vor der Krise nicht nachhaltig war.“ Es litt unter „internen Widersprüchen“, weil es auf der ständigen Vermehrung von Schulden beruhte. Es war also nicht dauerhaft fortsetzbar. „Die Mehrheit der Ökonomen war blind dafür.“ In Deutschland gilt das wohl noch mehr als etwa in den USA.

Die Wissenschaft ist kein Spiegel der Gesellschaft, jedenfalls kein reiner: Die deutsche Gesellschaft ist weniger marktgläubig als die amerikanische. Dafür sind die deutschen Ökonomen tendenziell größere Anhänger einer reinen Lehre. In den USA haben viele Ökonomen längst den intellektuellen Spaß an der reinen Lehre verloren.

So, wie auch das Bildungssystem kein reiner Spiegel der Gesellschaft ist. Denn der deutsch-französische Vergleich nimmt hier noch einmal eine Wendung. Tatsächlich hatte Frankreich den internationalen Trend zu mehr Ungleichheit in den Jahren vor der großen Krise kaum oder gar nicht mitgemacht. Das wiederum ist, so Amable, der höheren Sensibilität der französischen Gesellschaft für Ungleichheit zu verdanken. Materiell ist Frankreich wohl homogener als Deutschland. Dafür wiederum ist die Ungleichheit in Frankreich wohl mehr eine kulturelle.

Hubert Beyerle

● *Bruno Amable*
<http://www.jourdan.ens.fr/~amable/>

NACHRICHTEN :

Juan Fernandez erhält A.SK Fellowship

Für seine Dissertation „Labor and the Elderly in the Welfare Retrenchment Era: Institutions and Collective Action in the Public Pension Reforms of Affluent



Democracies“ wird Juan Fernandez mit einem Stipendium für das Jahr 2011 der A.SK Academic Prize Foundation ausgezeichnet. Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) fördert mit jährlich 50.000 Euro aus dem Etat der Stiftung promovierte

Wissenschaftler, die einen wichtigen Beitrag zu Fragen politischer und sozialer Reformen leisten. Fernandez ist seit September 2009 Postdoc-Stipendiat am MPIfG und arbeitet an seinem Forschungsprojekt über Reformen in der Rentenpolitik. Unter den drei Preisträgern für 2011 ist auch Alexander Petring, der von 2008 bis 2009 Postdoc-Stipendiat am MPIfG war und zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB ist.

- *Informationen zum A.SK Fellowship*
www.wzb.eu/presse/mitteilungen_2010/forschung_fuer_reformen.de.htm

Workshop „States and Markets“ in Paris

Vom 8. bis 9. April 2010 fand der dritte gemeinsame Workshop der Reihe „States and Markets“ des MPIfG und der Fondation Nationale des Sciences Politiques (Sciences Po) am Centre de Sociologie des Organisations (CSO) in Paris statt. Wissenschaftlerinnen und



Wissenschaftler beider Institutionen und darüber hinaus aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien präsentierten und diskutierten ihre Forschungsergebnisse zum Thema „Expertenwissen in der Governance der politischen Ökonomie“. Die gemeinsame Workshopreihe ist Teil der Zusammenarbeit mit der Pariser Universität Sciences Po, die auch ein gemeinsames Doktorandenprogramm und die Forschungsgruppe „Wirtschaftspatriotismus“ umfasst.

- *Internationale Kooperationen des MPIfG*
www.mpifg.de/institut/kooperation_de.asp

Doktorandenseminar der IMPRS-SPCE und der Sciences Po zur Marktsoziologie

Über zwanzig Doktorandinnen und Doktoranden der Fondation Nationale des Sciences Politiques (Sciences Po), Paris, und der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) am MPIfG fanden sich vom 11. bis 15. Januar 2010 zu einem von Jens Beckert und Pierre François, Wissenschaftler am Centre de Sociologie des Organisations (CSO), Paris, geleiteten Blockseminar zum Thema Marktsoziologie in Köln zusammen. Im Zuge des Seminars erarbeiteten die Teilnehmer Aspekte des Themas, beginnend bei den historischen und konzeptionellen Perspektiven von Märkten, über Marktwettbewerb, Wertmessung und Kooperation in Märkten, bis hin zum Vergleich von Marktsoziologie und soziologischer Theorie. Das MPIfG und die Pariser Universität Sciences Po sind Kooperationspartner und bauen diese Zusammenarbeit auch auf der Ebene der Doktorandenausbildung stetig aus.

- *Doktorandenprogramm IMPRS-SPCE*
<http://imprs.mpifg.de>

Brooke Harrington Associate Professor an der Copenhagen Business School

Brooke Harrington hat einen Ruf an die Universität Kopenhagen angenommen und wird ab April 2010 als Associate Professor an der Copenhagen Business School tätig sein. Brooke Harrington war mit einem Forschungsprojekt über Ungleichheit und generati-

NACHRICHTEN :

onenübergreifenden Aufbau großer Familienvermögen seit 2006 Wissenschaftlerin am MPIfG.

- *Copenhagen Business School*
<http://uk.cbs.dk/>

Patrik Aspers ist Präsident der Schwedischen Gesellschaft für Soziologie

Patrik Aspers ist im März 2010 für die Amtszeit 2010 bis 2012 zum Präsidenten der Schwedischen Gesellschaft für Soziologie (Sveriges Sociologförbund, SSA) gewählt worden. Aspers, Associate Professor an der Universität Stockholm, war zwischen 2005 und 2009 Mitarbeiter am MPIfG und arbeitet heute gemeinsam mit Jens Beckert an einem Forschungsprojekt des MPIfG über den Wert von Waren.

- *Schwedische Gesellschaft für Soziologie*
<http://joomla.sociologforbundet.se>

Martin Höpner ist Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung

Martin Höpner wurde im März 2010 durch den Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zum Vertrauensdozenten der Stiftung berufen. Die Vertrauensdozentinnen und -dozenten unterstützen die Arbeit der HBS, beraten sie und wirken insbesondere bei der Auswahl und Betreuung von HBS-Stipendiatinnen und Stipendiaten mit. Martin Höpner ist Leiter der Forschungsgruppe Europäische Liberalisierungspolitik am MPIfG.

- *Hans-Böckler-Stiftung*
www.boeckler.de

Journalist in Residence Fellowships 2010 vergeben

Ralph Bollmann (taz), Ferdinand Knauß (Handelsblatt) und Christoph Seils (freier Journalist) werden in den nächsten Monaten als „Journalists in Residence“ Gäste am MPIfG sein. Zwei weitere Journalisten – Felix Berth (Süddeutsche Zeitung) und Ellis Fröder (WDR Fernsehen) – werden Gastaufenthalte am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung verbringen. Die Journalisten hospitieren in einem Forschungsprojekt und führen eigene Recherchen durch. Das von der VolkswagenStiftung geförderte Programm wird vom MPIfG, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und dem Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS) getragen. Durch engen Kontakt mit Wissenschaftlern, Hospitation in Forschungsprojekten und Nutzung der Institutsressourcen soll eine qualifizierte Berichterstattung über sozialwissenschaftliche Themen gefördert werden.

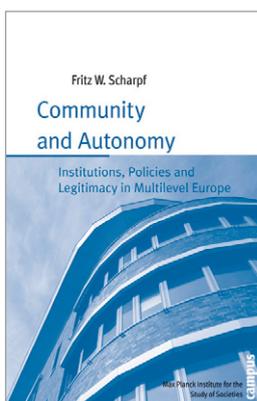
- *Journalist in Residence Fellowship*
www.mpifg.de/service/pressestelle/jir_de.asp

Mehr Nachrichten aus dem MPIfG
www.mpifg.de/aktuelles/nachrichten_de.asp

NEUERSCHEINUNGEN :

Bücher, Discussion Papers und Working Papers

MPIfG Bücher



Fritz W. Scharpf

Community and Autonomy: Institutions, Policies and Legitimacy in Multilevel Europe

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 68.

Frankfurt a.M.: Campus, 2010

391 Seiten | ISBN 978-3-593-39118-5 | 39,90 EUR

Seit Mitte der 1980er Jahre beobachtet Fritz W. Scharpf die Entwicklung der Effektivität und Legitimität europäischer Mehrebenenpolitik. Zu Beginn der hier versammelten Aufsätze steht die Vermutung, die „Politikverflechtungsfalle“ beschränke generell die Problemlösungsfähigkeit europäischer Politik. Später betont Scharpf die Asymmetrie zwischen wirksamer „negativer“ und schwacher „positiver Integration“. Er benennt aber auch die Bereiche, in denen effektive europäische Politik erwartet werden kann oder ausgeschlossen scheint. Scharpfs Blick richtet sich auf die institutionellen Bedingungen, welche die Rechtsetzung und Politikgestaltung begünstigen und zugleich politisches Handeln auf der europäischen Ebene behindern. Nicht zuletzt betrachtet er die Rückwirkungen des EU-Rechts auf die Institutionen und Politiktraditionen der Mitgliedsstaaten.

Fritz W. Scharpf war von 1986 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2003 Direktor am MPIfG. Als herausragende Persönlichkeit der deutschen und internationalen Sozial- und Politikwissenschaften hat Scharpf mit seinen Arbeiten und seinem Wirken die deutsche und europäische Politik wesentlich beeinflusst. Auf den Gebieten der Arbeitsmarktpolitik, der Europapolitik und der Reform des deutschen Föderalismus hat er die Diskussion in Deutschland und darüber hinaus nachhaltig geprägt. Für seine Forschungsarbeiten erhielt er unter anderem den schwedischen Johan-Skytte-Preis, der als eine der angesehensten Auszeichnungen im Fach Politikwissenschaft weltweit gilt, und den Wissenschaftspreis des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Der Sammelband „Community and Autonomy“ erschien anlässlich des 75. Geburtstags von Fritz W. Scharpf im Februar 2010.



Birgit Apitzsch

Flexible Beschäftigung, neue Abhängigkeiten: Projektarbeitsmärkte und ihre Auswirkungen auf Lebensverläufe

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 69. Frankfurt a.M.: Campus, 2010.

256 Seiten | ISBN 978-3-593-39147-2 | 34,90 EUR

NEUERSCHEINUNGEN :



● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

MPIfG Journal Articles

Apitzsch, Birgit

Flexible Beschäftigung und soziale Netzwerke: Der Einfluss von Professionalisierung. In: Jens Beckert und Christoph Deutschmann (Hg.), *Wirtschaftssoziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49/2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 409–427.

Aspers, Patrik

Using Design for Upgrading in the Fashion Industry. In: *The Journal of Economic Geography* 10(2), 2010, 167–188.

Aspers, Patrik

Alfred Marshall and the Concept of Class. In: *American Journal of Economics and Sociology* 69(1), 2010, 151–165.

Höpner, Martin und Tim Müllenborn

Mitbestimmung im Unternehmensvergleich: Ein Konzept zur Messung des Einflusspotentials der Arbeitnehmervertreter im mitbestimmten Aufsichtsrat. In: *Industrielle Beziehungen* 17(1), 2010, 7–29.

Höpner, Martin und Armin Schäfer

Grenzen der Integration: Wie die Intensivierung der Wirtschaftsintegration zur Gefahr für die politische Integration wird. In: *Integration* 33(1), 2010, 3–20.

Höpner, Martin und Armin Schäfer

A New Phase of European Integration? Organised Capitalisms in Post-Ricardian Europe. In: *West European Politics* 33(2), 2010, 344–368.

Maletz, Olga and Maria Tysiachniouk

The Effect of Expertise on the Quality of Forest Standards Implementation: The Case of FSC Forest Certification in Russia. In: *Forest Policy and Economics* 11(5-6), 2009, 422–428.

Scharpf, Fritz W.

Legitimacy in the Multilevel European Polity. In: *European Political Science Review* 1(2), 2009, 173–204.

Scharpf, Fritz W.

Legitimität im europäischen Mehrebenensystem. In: *Leviathan* 37, 2009, 244–280.

NEUERSCHEINUNGEN :



MPIfG Discussion Papers

Jens Beckert

The Transcending Power of Goods: Imaginative Value in the Economy. MPIfG Discussion Paper 10/4.

Martin Höpner und Tim Müllenborn

Mitbestimmung im Unternehmensvergleich: Ein Konzept zur Messung des Einflusspotenzials der Arbeitnehmervertreter im mitbestimmten Aufsichtsrat. MPIfG Discussion Paper 10/3.

● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp

Guido Möllering

Collective Market-Making Efforts at an Engineering Conference. MPIfG Discussion Paper 10/2.

Tobias ten Brink

Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus. MPIfG Discussion Paper 10/1.



MPIfG Working Papers

Wolfgang Streeck and Daniel Mertens

An Index of Fiscal Democracy. MPIfG Working Paper 10/3.

Martin Höpner

Warum betreibt der Europäische Gerichtshof Rechtsfortbildung? Die Politisierungshypothese. MPIfG Working Paper 10/2.

Jens Beckert und Wolfgang Streeck (Hg.)

Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die Signaturen einer Umbruchzeit. MPIfG Working Paper 10/1.

● *Abstracts und Download*
www.mpifg.de/pu/workpapers_de.asp

Ben Dankbaar and Geert Vissers

Of Knowledge and Work. MPIfG Working Paper 09/16.

VERANSTALTUNGEN :

Rückblick und Vorschau 2010

Scholar in Residence Lectures 2010 „The Transformation of the European Models of Capitalism“

Bruno Amable

Mittwoch, 3. Februar 2010 | 17:30

The Lisbon Agenda: Saving the European Model or Killing It?

Mittwoch, 10. Februar 2010 | 17:30

Employment, Unemployment and Structural Reforms

Mittwoch, 17. Februar 2010 | 17:30

Innovation and Competitiveness: The Limits of Deregulation Policy



In seinen drei Vorträgen hat sich Bruno Amable mit einigen maßgeblichen Veränderungen in der Institutionenstruktur europäischer Ökonomien beschäftigt. Von den in seinem 2003 erschienenen Buch „The Diversity of Modern Capitalism“ unterschiedenen europäischen Modellen des Kapitalismus stand der „kontinentale Kapitalismus“ von Ländern wie Frankreich oder Deutschland bisher unter dem größten Reformdruck. In den Vorträgen hat Amable verschiedene Aspekte der Strukturreformprogramme des letzten Jahrzehnts genauer betrachtet und deren Auswirkungen auf die Stabilität des kontinentalen Modells diskutiert.

Vorschau: Öffentliche Vorträge 2010

Donnerstag, 6. Mai 2010 | 17:00

The Everyday Politics of the Financial Crisis
Leonard Seabrooke, University of Warwick

Donnerstag, 27. Mai 2010 | 17:00

Wachstum, Wachstum und kein Ende: Abschied von einem Mythos

Meinard Miegel, Denkwerk Zukunft, Stiftung kulturelle Erneuerung

Donnerstag, 8. Juli 2010 | 17:00

Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft

Sighard Neckel, Institut für Soziologie, Universität Wien

● **Veranstaltungsübersicht auf der MPiFG-Website**
www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp

● **Anmeldung zu den Vorträgen**
info@mpifg.de

IMPRESSUM

Der Newsletter „Gesellschaftsforschung“ ist ein kostenloser Service, der Sie zwei- bis dreimal im Jahr per E-Mail-Versand über Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungen und vieles mehr aus dem MPIfG informiert. Abonnement und weitere Ausgaben unter www.mpifg.de/newsletter

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Mai 2010

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. 0221 2767-0
Fax 0221 2767-555
www.mpifg.de
info@mpifg.de

Redaktion

Marius R. Busemeyer, Christel Schommertz (verantw.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Langrock/Zenit/laif 1, Zuma Press, Inc./action press 3, Berthold Stadler/ddp 7, Rainer Jensen/ddp 9, istockphoto/Renphoto 11, ullstein bild – AP 12, Karlheinz Bentele 14, ullstein bild – Reuters 15, ullstein bild – wolterfoto 17, Michael Kappeler/ddp 18, istockphoto/Valerie Jardin 22, MPIfG 2, 8, 13, 19, 20, 24, 29

Gestaltung

zefo – Zentrum für Forschungskommunikation, Köln

Satz

Jeanette Störtte, MPIfG

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.